

Riefaer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsdruckerei
Riefa, Nr. 20.
Telefon Nr. 22.

Das Riefaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riefa, des Rates der Stadt Riefa, des Finanzamts Riefa und des Hauptpollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfach Nr. 22.
Dresden 1929.
Girokonto:
Riefa Nr. 52.

Nr. 171.

Donnerstag, 25. Juli 1929, abends.

82. Jahrg.

Das Riefaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 12 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Mehrwertsteuer. Für den Rest des Jahres sind 24 Mark 25 Pfennig festzusetzen. Die Preise für den Einzelverkauf sind 10 Pfennig. Ein halbes Jahr 11 Mark 25 Pfennig, ein Jahr 21 Mark 25 Pfennig. Die 88 mm breite Zeitung kostet 100 Mark 25 Pfennig; getrocknet und tabellarischer Satz 50%, Aufsatz. Keine Tarife. Verantwortlicher Redakteur: Herr Dr. Georg Meißner, Riefa. Druckerei: Riefa. Drucker: Herr Dr. Georg Meißner, Riefa. Verantwortlich für den Inhalt: Herr Dr. Georg Meißner, Riefa. Verantwortlich für die Redaktion: Herr Dr. Georg Meißner, Riefa.

Der Friedensvermittler.

Nicht immer ist es im Leben, und erst recht nicht in der Politik, eine dankbare Aufgabe, zwischen zwei streitenden Parteien zu treten und Frieden zu stiften. In erhabenen Gemütern wuchern die Illusionen, und zugleich mit der Kriegsstimmung schieben die Siegeshoffnungen empor. Die Russen sehen sich im Geiste schon als die kommenden Herren in der Wandschule, sowie als Besieger und Beherrscher einer neuen chinesischen Sowjet-Republik. Gewiß kommt das jedem nüchternen Beurteiler der Lage phantastisch vor, aber ein Blick in die russische Presse zeigt, daß das russische Volk in diesen Tagen tatsächlich an der Wata morgana revolutionärer chinesischer Arbeiter und Bauern seine kriegerischen Leidenschaften täglich neu entzündet. Etwas weniger phantastisch sind die chinesischen Hoffnungen, die sich auf den Wiederbesitz der ostchinesischen Bahn beziehen. Hier will man also nur die zu neunzig Prozent schon erlangte Herrschaft in der Wandschule sichern und abrunden. Aber auch diese Hoffnungen stimmen natürlich zu Hartnäckigkeit. Man erklärt sich zwar zu Verhandlungen bereit, aber es gibt nur ein Ergebnis dieser Verhandlungen, das wirklich zum Verzicht auf weitere Gewaltanwendung führen könnte. Werden die Vermittler, die mit ihren guten Wünschen in diese überhöhte Atmosphäre hineinkommen, da überhaupt noch etwas ausrichten können? Es wäre nicht das erste Mal, wenn auch der ehrliche Versuch einer Friedensvermittlung schließlich nur dazu führte, noch weitere Völker in den unerbittlichen Konflikt mit hineinzuziehen.

Die Lage ist allerdings insofern recht klar, als sich sämtliche Großmächte in dem Wunsche nach der Erhaltung des Friedens diesmal einig sind. Bei einem Kriege hätte tatsächlich keiner etwas zu gewinnen. Der ungelöste Verbleib von Sibirien nach dem Stillen Ozean ist aus mehr als einem Grunde internationales Bedürfnis. Und dann: Gerade bei dem im fernsten Osten drohenden Kriege sind die Konsequenzen völlig unübersehbar. Viel hat man aus dem Weltkrieg gelernt, und Kämpfe sind wieder überall im Gange. Aber übriggeblieben ist doch wenigstens eine gewisse Vorsicht. Das Geschick lohnt sich heutzutage nicht mehr so glatt wie früher, und man kann zu schwer im voraus sagen, auf welcher Seite die besten Siegesaussichten sind. Aber selbst damit ist die eigentliche Gefahr eines etwaigen russisch-chinesischen Krieges noch nicht ausgesprochen. Sie liegt vielmehr in der eigenartigen Verquickung der sozialen Fragen mit den außenpolitischen. Jeder verlorenen Krieg neigt bekanntlich dazu, Revolutionen zu erzeugen. Einem Kriege, an dem Rußland beteiligt ist, wohnt aber von vornherein die Tendenz inne, das sozial-revolutionäre Element in der ganzen Welt in Aktion treten zu lassen. Wo die russische Fahne weht und russische Truppen marschieren, da marschieren im Geiste die kommunistischen Parteien aller Länder mit. Sie würden von einem Siege Rußlands den starken Auftrieb bekommen, an dem es ihnen in der letzten Zeit sehr zu mangeln begann. Die kommunistische Gefahr braucht gewiß nirgends überhäuft zu werden. Ungeheim ist die Existenz dieser Partei mit ihren unterirdischen Verbindungen nach Moskau ein trotzdem. Den Stein möchte man also nicht gern ins Rollen bringen.

Auch Deutschland wird eingeladen, sich an der Friedensaktion zu beteiligen. Man schmeichelt ihm sogar damit, daß Dr. Solf, sein Botschafter in Japan, der geeignete Mann für die Führung solcher Unterhandlungen wäre. Möglich! Aber ohne Zweifel möchte man Deutschland auch noch aus einem anderen Grunde in den Friedensring mit einzubeziehen. Wir erinnern uns, wie mißtrauisch in der Welt der Rapallo-Vertrag aufgenommen wurde. Ein Rest jenes Mißtrauens ist trotz Locarno und Kellogg-Pakt geblieben. Wenn Deutschland Gelüste bekommen könnte, in irgendeiner Form mit Rußland zusammenzugehen? Die osteuropäischen Probleme würden dann automatisch zu ebenso hohen Kriegskostentendenzen emporwachsen, wie die asiatischen. Gewiß ist auch diese Konstruktion phantastisch genug. Aber in der Politik spielen nicht nur die Realitäten eine Rolle, sondern auch Hoffnungen und Befürchtungen. Ob sie wahr oder falsch sind, darauf kommt es weniger an als darauf, ob sie geglaubt werden oder nicht. Ein Deutschland, das sich von der ostasiatischen Friedensaktion fernhielt, würde so gleich den stärksten Verdacht erwecken. So kommt alles darauf an, es in den Kreis der Friedensvermittler mit hereinzubekommen. Für Deutschland besteht kein Grund, das abzulehnen. Es will ja seinerseits nie schon in seiner neuen Verfassung heißt, dem Frieden dienen. Möglich, daß aus einer solchen gemeinsamen Friedensaktion dann auch einmal eine etwas vertrauensvollere Stimmung unter den europäischen Mächten hervorgeht. Das wäre schließlich ein noch größerer Gewinn, als selbst die Erhaltung des Friedens in der Wandschule. Hoffen wir, daß beide Ziele erreicht werden! Es wäre tatsächlich ein Verbängnis für die ganze Welt, wenn sich der ostasiatische Eisenbahnstreit nicht schließlich, trotz aller wilden Kriegsgedanken beiderseits und jenseits der russisch-chinesischen Grenze, in friedlicher Form lösen ließe.

Der Saag-Tagungsort der Reparationskonferenz?

London. Die Times melden: Ueber den Saagungsort der Reparationskonferenz ist noch immer keine Einigung erzielt worden. Die britische Regierung unternimmt aber jetzt einen energiegelanten Versuch, die anderen Interessierten Staaten zu überzeugen, den Saag als Konferenzort anzunehmen.

Zusammenbruch der Anklage gegen Ullrich zum Prozeß Ullrich.

Die eidlischen Aussagen der deutschen Beamten.

Kattowitz, 24. Juli. (Zelunion.) Die Senation des zweiten Verhandlungstages des Ullrich-Prozesses bildete die Vernehmung der beiden von der Verteidigung geladenen deutschen Beamten, Oberregierungsrat Graf Matuschka von der Doppelner Regierung und Polizeikommissar Menzel von der Riefler Polizeiverwaltung, die seinerzeit den Fall Ullrich bei den deutschen Behörden bearbeiteten, erklärten unter ihrem Eid, daß sich außer der Mittagskarte des deutschen Bundes keine andere Bescheinigung bei den Akten Ullrichs befunden habe und daß auch eine solche Bescheinigung nie verlangt und von Ullrich auch nicht beigebracht worden sei. Der ganze Geschäftsgang der Akten ergebe einwandfrei, daß diese Bescheinigung niemals vorgelegen habe. Die Originalakten wurden von Oberregierungsrat Graf Matuschka dem Gerichtshof zur Verfügung gestellt.

Nach der Vernehmung weiterer Angestellter des Volksbundes wurde Oberregierungsrat Graf Matuschka von der Doppelner Regierung noch über verschiedene Einzelheiten befragt. Auf die Frage des Staatsanwaltes betonte dieser erneut, daß die Akten, wie er sie vorgelegt habe, vollständig seien. Ueber die Beweggründe befragt, warum die deutschen Behörden Ullrich nicht ausgewiesen hätten, erklärte Graf Matuschka, es bestände eine allgemeine Anweisung, Deutschen, die aus irgendwelchen politischen, wirtschaftlichen oder sonstigen Gründen nach Deutschland zurückkehren wollten, nach Möglichkeit den Aufenthalt zu genehmigen.

Ullrich fragte, ob die deutschen Behörden aus der Mittagskarte Bescheinigung des Volksbundes irgendwas anderes entnehmen, als daß es sich um eine Person handle, die sich zur deutschen Ministerzeit befenne.

Graf Matuschka erwiderte mit Nein. Auf weitere Fragen Ullrich bestritt Graf Matuschka, daß dem Schreiben der Polizeiverwaltung keine Photographie beigelegt worden sei, noch nicht einmal die Mitgliedskarte des Volksbundes beigelegt habe. Diese Mitgliedskarte sei erst am 13. Juli von Ullrich nach Opatowitz weitergereicht worden. Auf die Frage des Staatsanwaltes und des Vorsitzenden, ob die Akten ohne Aufschreiben des Generalkonsulates in den Besitz der Doppelner Regierung zurückgegangen sein könnten, erklärte Graf Matuschka, daß möglichst rasch Akten „zurückgeholt“, d. h. persönlich ohne Aufschreiben zurückgereicht wurden.

Nachdem Oberregierungsrat Graf Matuschka von der Doppelner Regierung und Polizeikommissar Menzel von der Polizeiverwaltung Zeuge für die weitere Verhandlung entlassen worden waren, wurde der Prozeß am Donnerstag früh vertagt. Bei dem langsamen Fortschreiten der Verhandlung ist es noch nicht abzusehen, ob der Prozeß am Donnerstag beendet wird.

Russischer Einmarsch in China?

London, 24. Juli. (Zelunion.) Einer englischen Agenturmeldung aus Charkow zufolge haben russische Truppen die chinesische Grenze bei Mandschali in der westlichen Mandchurien überschritten. Der Einmarsch der Truppen, die vor Mandschali ein Lager bezogen haben, soll in der Stadt eine große Panik hervorgerufen haben. Die in Charkow eingetroffenen Flüchtlinge berichten, haben die chinesischen Truppen sich kampflos in die Stadt zurückgezogen. Die Einwohner befinden sich teilweise auf der Flucht nach Charkow. Der Kommandeur der chinesischen Militärtruppen hat sofort Wagen und Pferde requiriert und die einheimische Bevölkerung gezwungen, eine dreifache Reihe von Schutzgräben nördlich von Mandschali anzulegen, die von chinesischen Truppen besetzt wurden. Man schätzt, daß etwa 20 chinesische Regimenter entlang der mandchurischen Grenze aufgestellt sind und daß sie langsam verhärtet werden. Mandchurische Truppen, die in südlicher Richtung transportiert wurden, sind nach Mandschali umbrügelt worden.

China für direkte Verhandlungen mit Moskau.

London. (Zelunion.) Reuter berichtet aus Schanghai: Der chinesische Außenminister Wang erklärte in einem Interview mit Pressevertretern, daß China durchsichtig und gewillt sei, in Verhandlungen mit der Sowjetregierung einzutreten und den Konflikt wegen der ostchinesischen Eisenbahn beizulegen. Er sei bereit, den Wünschen Moskaus entgegenzukommen und die kritischen Fragen in direkten Verhandlungen zu regeln, statt sich der Vermittlung eines Dritten zu bedienen. Der Minister glaubt, daß die Verhandlungen eher in Moskau als in Charkow eröffnet werden könnten und begut die Aussicht, daß man zu einer Verständigung gelangen werde. Zum Schluß erklärte Wang, er erwarte eine Abdeutung von Moskau über

die Haltung, die die Sowjetregierung gegenüber dem vorgeschlagenen Verfahren einnehme und eine Mitteilung darüber, wann die Verhandlungen gegebenenfalls eröffnet werden sollen.

Die Sowjetunion zu Verhandlungen mit China bereit?

London. Reuter berichtet aus Schanghai: Einer hier vorliegenden Meldung aus Nanking zufolge hat der chinesische Gesandte in Berlin seiner Regierung mitgeteilt, daß der sowjetische Botschafter in Berlin ihm erklärt habe, die Sowjetregierung sei nicht geneigt, einer Vermittlungsaktion durch die Signatarmächte des Kellogg-Paktes zuzustimmen. Die Sowjetregierung ließe es vor, in direkte Verhandlungen zur Beilegung des Konflikts wegen der ostchinesischen Eisenbahn einzutreten. Zu diesem Zweck werde sich ein bevollmächtigter Vertreter der Sowjetunion nach Charkow begeben, wo die chinesisch-russischen Verhandlungen wahrscheinlich binnen kurzem aufgenommen werden würden.

Ein sowjetrussisches Dementi.

Berlin. (Zelunion.) Wie die Presseabteilung der Sowjetbotschaft mittelt, entspricht die Reuter-Meldung aus Schanghai, daß der sowjetrussische Botschafter in Berlin dem chinesischen Gesandten eine Erklärung abgegeben habe, nicht den Tatsachen. In Wirklichkeit hat nach dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen China und Sowjetrußland keine Verhandlung zwischen der Sowjetbotschaft mit dem chinesischen Gesandtschaft stattgefunden.